

DIE ANDERE MEINUNG

Interessenpolitik und Nationalstaat

Deutschland kann sich nicht länger hinter der EU verbergen, es bedarf einer Neuordnung seiner Außenpolitik

Von LUDWIG WATZAL

Nicht der Nationalstaat ist der Irrweg, wie der intellektuelle Kopf der SPD, Peter Glotz, meint, sondern der mit dem Vertrag von Maastricht beschrittene Weg der Auflösung desselben. Der Epochenbruch von 1989/90 hat den Kalten Krieg beendet und Deutschland über Nacht aus dem Schneckenhaus der Geschichte zum Gewinner und zentralen Akteur im Herzen Europas gemacht. Dieser Wandel hat eine geschichtslose 45jährige Epoche beendet. Die im Zuge dieses Wandels wiederentstandenen Nationalstaaten und nationalen Strömungen überraschten die politische Klasse in Deutschland, die dies für Teufelswerk hält. Als Gegengift empfiehlt sie die Liquidierung des Nationalstaates, also jener Größe, die die Quelle der Identität eines Volkes darstellt. Nachdem der Kommunismus sowohl ein ökonomisches als auch ethisch-moralisches Desaster hinterlassen hat, mögen die Nationalstaatsgegner erklären, auf was sich die politischen Eliten Osteuropas hätten berufen und stützen sollen, wenn nicht auf ihre nationale Geschichte und die Organisationsform des Nationalstaates. Die Welt organisiert sich nun einmal in Form der Nationalstaaten. Sie sind ein Faktum.

Welche Konsequenzen hat die politische Klasse in Deutschland aus diesen Tatsachen gezogen? Die ersten eigenständigen außenpolitischen Schritte haben am Rhein zu erheblichen Turbulenzen und zu Verwirrung geführt. Die SPD suchte ihr Heil beim Bundesverfassungsgericht und einer Reform der UNO, und die Bundesregierung verfiel in ein nur schwer nachvollziehbares Lavieren. Die CDU/CSU war sofort für den Einsatz deutscher Soldaten, die FDP aber nur mit Zustimmung des Verfassungsgerichtes. Nach dieser Politpose sind die agierenden Politiker jedenfalls aufgefordert, deutsche Interessen neu zu definieren. Dies wird nicht ohne innenwie außenpolitische Friktionen abgehen. Deutschland muß zuerst ein für allemal Abschied vom „Genscherismus“ nehmen. Die deutsche Außenpolitik hing lange Zeit zu sehr moralisch wünschbaren Konzepten an, die sich bei der ersten Nagelprobe im Jugoslawien-Konflikt als das erwiesen haben, was sie immer waren, nämlich Fiktionen. Ein bekanntes Postulat deutscher Außenpolitik lautete: Die Gemeinsamkeit der Werte führe zur Gemeinsamkeit der Interessen; in einer an Interessen orientierten Staatenwelt in der Tat eine naive Vorstellung.

Neben der Schaffung der in-



Dr. Ludwig Watzal (42) ist Redakteur der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“

neren Einheit steht eine Neuorientierung der deutschen Außenpolitik ganz oben auf der politischen Agenda. Deutschland kann sich deshalb nicht mehr hinter der Europäischen Union verbergen. Für die alte Bundesrepublik war die europäische Integrationspolitik bequem, denn man brauchte keine wirkliche Verantwortung zu übernehmen. Man zog sich entweder mit legalistischen Spitzfindigkeiten (Grundgesetz) oder mit dem moralischen Argument (Geschichte) aus der Affäre. Wenn beides nicht mehr überzeugte, tat man es mit Geld (Golfkrieg). Die drei Grundkonstanten deutscher Außenpolitik werden aber nicht

länger von der internationalen Staatengemeinschaft akzeptiert. Das Bundesverfassungsgericht hat der politischen Klasse mit seinem Urteil zum Vertrag von Maastricht die Grenzen aufgezeigt. Der Nationalstaat darf nicht aufgelöst werden, und in der Währungsfrage gibt es keinen Automatismus. Deutschland als der Gewinner des Kalten Krieges wird durch den Maastricht-Vertrag zu dessen Verlierer, weil es auf die Durchsetzung seiner nationalen Interessen verzichtet. Ob die Äußerungen des bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber zur Verlangsamung der Integration mehr als wahlfaktischer Opportunismus waren, wird sich an seinen zukünftigen Äußerungen zeigen.

Durch seine zentrale Lage und Größe liegt es in deutschem Interesse, eine starke Rolle in Osteuropa zu spielen. Wir sollten dort an unsere guten historischen Beziehungen wieder anknüpfen. Langfristig muß eine schrittweise Interessenvertretung von West nach Ost stattfinden, was keine Abkehr vom Westen bedeutet, sondern nur eine Ausdifferenzierung deutscher Interessenlagen. Dies heißt nicht, daß wir an der Spitze jeder Interventionsarmee marschieren sollen. Die Weltgemeinschaft erwartet nur von

Deutschland, daß es sich wie ein normaler Staat verhält.

Die politische Klasse muß ihre Mea-culpa-Mentalität aufgeben. Deutschland sollte nicht länger Angst vor sich selber haben. Niemand braucht vor Deutschland auf der Hut zu sein, weil es niemanden bedroht. Das einzige, was wir und alle anderen Staaten auch tun, ist die Verfolgung nationaler Interessen, und dies ist in den internationalen Beziehungen ein ganz normaler Vorgang. Eine solche gesunde Interessenpolitik schließt auch einen Sitz im UN-Sicherheitsrat mit ein. Dieses Ziel sollte mit Augenmaß und Langmut verfolgt werden. Denn die im Sicherheitsrat dominierende Jalta-Koalition ist anachronistisch.

Deutschland muß ein unverkrampftes Verhältnis zur Nation und zu seiner Geschichte entwickeln. Seine innere Verfassung muß von Toleranz geprägt sein, was insbesondere gegenüber dem Fremden zum Ausdruck kommen muß. Vulgärnationalistischen Exzessen muß entschieden entgegengetreten werden. Gelingt es, die Gräben zwischen Deutschen Ost und Deutschen West zu überwinden und gegenüber den Fremden ein unverkrampftes Verhältnis zu entwickeln, wird die Zukunft Deutschlands der heterogene Nationalstaat sein.